

# Rote Krähe

**FRAUEN\*STREIK**

**ALLES SOLL STILL STEHEN!  
HIER UND WELTWEIT!**

**2019**

## IN THE GHETTO

Was macht Krefeld gegen die Ghettoisierung? Das fragte unser Genosse Basri Cakir im Integrationsrat. Statt einer Antwort gab es Diskussionen über Begrifflichkeiten.

Seite 6

## GEISTERBAHNHOF

Huch?! Ist hier jemand? Nein, hier sind nur Passant\*innen und Automaten. Das Geld gerade nicht passend in kleinen Scheinchen? Die digitale Ticketmaschine unmöglich zu bedienen? Pech gehabt!

Seite 2

## LINKE NEWS TO GO

Die kleinen Info-Häppchen und Aufrufe zum en passant lesen. Über den Krefelder Aufruf gegen Atomwaffen, die Arisierung jüdischen Eigentums, das geplante Gewerbegebiet an der A 44 und die gefährdeten Künstler\*innen aus der Brotfabrik.

Seite 4

Die Spanierinnen haben es uns vorgemacht. Mehr als 5 Millionen Frauen legten im März 2018 die Arbeit nieder - und das Land weitgehend lahm. Es wurde sichtbar, was alles nicht läuft, wenn Frauen streiken: Nicht nur die Hausarbeit blieb liegen, auch Züge fielen aus und Läden mussten geschlossen werden. Stattdessen zogen die Frauen mit pinken T-Shirts bekleidet durch die Straßen und brachten ihre Forderungen zu Gehör: **Gleiche Rechte, höhere Löhne, Ächtung von sexualisierter und häuslicher Gewalt!**

Der Frauenstreik in Spanien inspirierte Frauen auf der ganzen Welt. In seiner Folge gründeten sich in vielen Staaten Frauenstreikbündnisse, so auch in Deutschland. Hier ruft ein breites Frauen\*Bündnis zum Streik, zu Demonstrationen und vielfältigen anderen Aktionen auf.

Im Aufruf des Bündnisses heißt es zur Begründung: „Ständig werden wir diskriminiert, unterdrückt und ausgebeutet. Wir werden tagtäglich mit verletzenden Witzen, Kommentaren, Übergriffen und körperlicher Gewalt klein gemacht. Unsere Arbeit wird geringgeschätzt und noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 22% weniger als Männer. Nicht nur das, zu Hause

## GEHILFEN ERDOGANS

Der Kurde, der sich vor dem Krefelder Amtsgericht selbst verbrannte, wurde als psychisch kranker Einzeltäter erklärt. Wir führen diesen Vorfall eindeutig auf die Diskriminierung und Verfolgung der Kurd\*innen in Deutschland zurück.

Seite 5

## KREFELD PUFFLOS

Große Empörung gab es über das Statement der Ratsfraktion DIE LINKE. zur Schließung des Bordells. Die Prostituierten, die jetzt ihre Arbeit verlieren, waren SPD und CDU offenbar nicht so wichtig. Nein, es ging darum, dass aus „Recht kein Unrecht“ werden dürfe.

Seite 7

## WIEDER GEWONNEN

Zum wiederholten Male musste die linke Ratsfraktion in Krefeld einklagen, was ihr an demokratischen Rechten zusteht. Und zum wiederholten Male hat sie gegen die Verwaltung gewonnen: Die finanziellen und personellen Mittel an die Fraktionen im Rat müssen nun anders verteilt werden.

Seite 3

übernehmen wir unzählige Stunden an Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit. Manche von uns tun dies auch schlecht bezahlt im Zuhause anderer. Für Familie, Freund\*innen, Partner\*innen und Kolleg\*innen leisten wir oft emotionale Unterstützung. Im Alter kommen wir mit unserer Rente kaum oder gar nicht über die Runden. So verschieden wir sind, wir sind alle Arbeiterinnen\*, weil wir arbeiten müssen – egal ob wir mit dem Kugelschreiber, dem Schraubenschlüssel, dem Computer oder dem Besen in der Hand arbeiten, ob wir dafür einen Lohn bekommen oder nicht. Es wird von uns erwartet, dass wir diese Arbeit klaglos, unbeachtet und wie selbstverständlich mit einem Lächeln erledigen. Wir lassen uns das nicht länger gefallen! Wir streiken!“

Diese unwürdigen Zustände bestreiken Frauen am 8. März, indem sie

- ▶ **nicht zur Arbeit gehen.**
- ▶ **die Hausarbeit liegen lassen.**
- ▶ **andere nicht umsorgen und nicht für alle mitdenken.**
- ▶ **nicht zur Schule, Berufsschule oder Hochschule gehen.**
- ▶ **sich versammeln, austauschen und Pläne für unsere Zukunft schmieden.**
- ▶ **solidarisch mit allen streikenden Menschen sind.**

Die beteiligten Frauen wollen sich gegenseitig dabei unterstützen, dass alle an diesem globalen Streik teilnehmen können. An diesem Tag und darüber hinaus wollen sie gemeinsam aktiv werden. Dies ist ein Meilenstein einer wachsenden feministischen Bewegung, die sie sich lokal und global einmischt und die Welt verändern will.

 **Edith Bartelmus-Scholic**  
Kreisvorstand DIE LINKE. Krefeld

## GEISTERBAHNHOF

SCHLIESSUNG DES REISEZENTRUMS IM KREFELDER HAUPTBAHNHOF

**Wie wir aus der Presse erfahren haben, beabsichtigt die Deutsche Bahn AG das Reisezentrum im Krefelder Hauptbahnhof Ende 2019 zu schließen, da sie angesichts der Übernahme von Dienstleistungen durch einen anderen Betreiber im Nahverkehr das Reisezentrum für nicht mehr wirtschaftlich erachtet.**

Hierdurch erfährt Krefeld nach dem weitgehenden Fortfall des Fernverkehrs, Einstellung des Service-Points, Schließung des Reisezentrums und Wegfall der Bundespolizei eine weitere Verschlechterung der Dienstleistungen für Bahnkunden. Für eine Großstadt mit über 230.000 Einwohner ist das beschämend, gerade auch angesichts der Appelle von Politikern auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen.

Der Hauptbahnhof Krefeld hat keinen ICE-Halt und verliert durch die Schließung des Reisezentrums weiter an Bedeutung. Die Krefelder müssen schon mit dem Nahverkehrszug nach Duisburg oder Düsseldorf fahren, um in einen ICE umsteigen zu können. Während im Bereich des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) die Firma Transdev Vertrieb GmbH künftig Verkauf und Beratung übernimmt, soll der Service für den verbundübergreifenden Regionalverkehr in NRW sowie den Fernver-

kehr ersatzlos gestrichen werden. Hierdurch werden Bahnfahrten von Krefeld noch unattraktiver. Es wird zwar auf den Online- und Automatenverkauf verwiesen, gerade für ältere Fahrgäste und Ortsunkundige oder Neukunden stellen diese jedoch eine schwierige Alternative dar. Es gibt immer noch viele ältere Menschen, denen die neue Technik (Computer und Internet) nicht zur Verfügung steht oder mit diesem Medium Probleme haben. Auch die Handhabung eines Fahrkartenautomaten bereitet älteren Menschen große Schwierigkeiten. Diese benötigen auch weiterhin die individuelle Beratung und eine schnell erreichbare Anlaufstelle, die möglicherweise auch bei betrieblichen Problemen der Deutsche Bahn Auskunft erteilen.

Der Krefelder Hauptbahnhof wird zur einer „Servicewüste“ und der Hauptbahnhof hat auch keinen hohen Stellenwert, sonst wäre Gleis 1 durch die Deutsche Bahn AG schon längst fertig gestellt worden. Seit über einen Jahr ist Gleis 1 eine Baustelle für Bahnkunden.

DIE LINKE. Ratsfraktion erwartet, dass künftig auch vor Ort im Krefelder Hauptbahnhof das Verkaufs- und Beratungsangebot im bisherigen Umfang ohne Abstriche fortgeführt wird.

 **Manfred Stein**  
Vertreter für DIE LINKE. Krefeld im Seniorenbeirat



# WIEDER GEWONNEN!

**DIE VERWALTUNG MUSS DIE MITTEL AN DIE FRAKTIONEN ANDERS VERTEILEN**

IM NAMEN DES VOLKES

Besonders benachteiligt wird hierbei DIE LINKE. Das findet sogar das Verwaltungsgericht in Düsseldorf ungerecht und hat die Verwaltung nun dazu verdonnert die Mittel nach einem nachvollziehbaren System zu verteilen.

### Wir zitieren aus dem Urteil:

„Es ist sachlich nicht gerechtfertigt, dass der Beklagte die der Klägerin zuerkannte Geschäftsführerstelle lediglich mit EG 9 bewertet, wohingegen der der nächstgrößeren FDP-Fraktion zugeteilte Geschäftsführer mit der Besoldungsgruppe A 13 hD klassifiziert ist. (...) Die FDP-Fraktion hat mit vier Mitgliedern nur ein Mitglied mehr als die Klägerin.“

(...)


Unbeschadet der Frage, ob sich der Unterschied von 1,25 Stellen bzw. Arbeitskraftanteilen rechtfertigen lässt, spiegelt sich das Missverhältnis der Wertigkeit der Stellenausstattungen auch in den im Haushaltsplan 2016 angesetzten Beträgen für das den Fraktionen zugebilligte Personal wider. Dort ist für die FDP-Fraktion ein Betrag von 194.800 Euro ausgewiesen, während auf die Klägerin weniger als die Hälfte, nämlich 73.730 Euro entfallen. Darüber hinaus folgt in diesem Kontext eine Gleichheitswidrigkeit des praktizierten Verteilungssystems des Beklagten daraus, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen,

die sechs Mitglieder hat, laut Haushaltsplan mit 193.830 Euro über weniger Mittel für Personal verfügt als die nur vierköpfige FDP-Fraktion, ohne dass dafür ein sachlicher Grund erkennbar wäre.

(...)

Dass die Stadt Krefeld bei ihr beschäftigte Fraktionsmitarbeiter unabhängig von der jeweiligen Fraktionsstärke befördert und besoldet belegt wiederum die fehlende Systemgerechtigkeit der bisherigen Zuwendungspraxis.“

Bisher sind von der Verwaltung noch keinerlei Vorschläge erfolgt, wie man dem Urteil gerecht zu werden gedenkt. Man habe eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe einberufen, die einen Vorschlag erarbeiten soll, wie die Fraktionszuwendungen in Zukunft neu geregelt werden sollen. Im Anschluss soll dieser Vorschlag mit den Fraktionen im Rat der Stadt Krefeld diskutiert werden. Durch die gescheiterte Berufung gegen oben stehendes Urteil wurde schon jede Menge Zeit geschunden, es wird sich zeigen, ob benannte „Arbeitsgruppe“ noch vor Beginn der nächsten Legislaturperiode etwas ändern wird.

 **Julia Suermond**  
Ratsfrau DIE LINKE. Krefeld



## „ ... DOCH NICHT BEI UNS IN KREFELD!“

So lautet ein Buch, das Frau Dr. Claudia Flümman über die Arisierung jüdischen Eigentums in Krefeld geschrieben hat. An dieser Arisierung war ein großer Teil der Krefelder Stadtgesellschaft beteiligt. Da gab es weder soziale noch moralische

Schranken. Besonders herausragend ist ihre akribische Herausarbeitung der Prozesse nach 1945, in denen vielen jüdischen Enteigneten bzw. deren Erb\*innen die Entschädigung verweigert wurde und sie sich mit den alten Nazi-Größen konfrontiert sahen, die noch immer juristische Posten bekleideten. Unser Fraktionsgeschäftsführer Prof. Dr. Wolfgang Dreßen, der seit vielen Jahren mit der Arisierung jüdischen Eigen-

tums befasst ist, hat Frau Dr. Flümman für die Ehrenplakette der Stadt Krefeld vorgeschlagen. Die ist ihr nun am 5. Februar von Herrn Oberbürgermeister Frank Meyer verliehen worden. Wir gratulieren ihr sehr herzlich!



**Julia Suermond**  
Ratsfrau DIE LINKE. Krefeld und  
kulturpolitische Sprecherin

# +++ LINKKE +++ NEWSTICKER +++

## TAFELSILBER BROTFRABRIK

Was bedeutet es für die Künstler\*innen und ihre Ateliers und für das Theater „Hintenlinks“, wenn die Brotfabrik von der Wohnstätte an einen Privatanbieter verkauft wird? Auf eine Anfrage im Kulturausschuss erhielt DIE LINKE. Krefeld keine Antwort. Angeblich soll sich für die Kreativen und ihre Mietverhältnisse nichts ändern. Es ist noch der Ratsbeschluss aus Nothaushaltstagen, dass alles Tafelsilber, sprich alle Immobilien, die nicht für städtische Aufgaben benutzt werden, verkauft werden sollen. Einem solchen Ratsbeschluss fällt nun auch dieses ehrwürdige historische Gebäude zum Opfer. Die Stadt verliert durch diesen Ausverkauf an Identität, an Geschichte, an gesellschaftlich notwendigen Nischen für die Künstler\*innen und an politischem Handlungsspielraum.



**Julia Suermond**  
Ratsfrau DIE LINKE. Krefeld und  
kulturpolitische Sprecherin

## TATORT AN DER A44

Entgegen der Behauptung der Verwaltung gefährdet das geplante Gewerbegebiet entlang der A44 Boden- und Wasserschutz. Das hat DIE LINKE. Krefeld heraus gefunden. Nicht nur werden besonders fruchtbare und schutzwürdige Böden für eine Baustelle freigegeben, auch die Lebensqualität der Fischelner\*innen wird aufs Spiel gesetzt. In Meerbusch wurde schon durch erfolgreichen Protest die Größe des auf der Meerbuscher Seite der A44 geplanten Gewerbegebiets von 70 auf 30 ha begrenzt. Das können wir in Krefeld auch! Wir haben bereits viele Flugblätter in Fischeln verteilt. Schließen Sie sich unserem Protest an und nehmen Sie mit uns Kontakt auf: 02151- 862012!



**Johannes Eisenhuth**  
Bezirksvertreter für DIE LINKE.  
in Krefeld Fischeln

## FÜR DAS LEBEN!

## GEGEN ATOMWAFFEN!

## KREFELD FÜR DEN ATOM- WAFFENVERBOTSVERTRAG!

Wir sammeln Unterschriften für einen Bürgerantrag. Diesen übergeben wir am 11. April dem Oberbürgermeister Frank Meyer, einschließlich der gesammelten Unterschriften. Bisher sind es 620, davon 36 Erstunterzeichner\*innen, bekannte Krefelder Persönlichkeiten. Helft mit, 1.000 zu erreichen, und unterstützt unseren Antrag! Ihr findet ihn im Internet unter [www.krefelder-friedensbuendnis.de](http://www.krefelder-friedensbuendnis.de). Drückt ihn euch aus und sammelt in Freundeskreis, Nachbarschaft, Familie und sendet ihn an Ingrid Vogel oder gebt ihn im Eine-Welt-Laden ab. Denn Atomwaffen sind die schlimmsten aller Massenvernichtungswaffen und ihre Ächtung und Abschaffung eine unbedingte Notwendigkeit zum Erhalt der Zivilisation und die einzige Möglichkeit, in Zukunft ein neues Hiroshima auszuschließen.



**Ingrid Vogel**  
Sprecherin des Krefelder  
Friedensbündnisses



## DIE RHEINISCHE POST WILL DIE MISERE DER KURD\*INNEN IN DEUTSCHLAND NICHT BENENNEN

Am Mittwoch, den 20. Februar hat sich ein Kurde vor dem Amtsgericht Krefeld in Brand gesetzt. Nach Zeugenaussagen hatte er lautstark gegen die deutsche Polizeigewalt protestiert und die Freilassung des Kurdenanführers Abdullah Öcalan gefordert. Er ist jetzt in einer Duisburger Spezialklinik und schwebt noch immer in Lebensgefahr. Die Rheinische Post berichtete über diesen Vorfall und betitelte den Artikel mit „43-Jähriger war wahrscheinlich psychisch krank“.

Die Redaktion erhielt daraufhin einen Brief von Beate Ergün vom kurdischen Volkshaus in Aachen. Sie warf der Rheinischen Post vor, dass sie aus der „Selbstverbrennung einen Psycho-Fall“ mache und damit jegliche politischen Motive ignoriere. Als zweitgrößte Migrantengruppe in Deutschland würden die Kurdinnen und Kurden durch die Bundesregierung kriminalisiert und verfolgt. Anstatt diesen menschenverachtenden Zustand zu benennen und die Selbstverbrennung auch als entsprechende Botschaft zu lesen, wie es hierzulande um die Rechte von Kurdinnen und Kurden bestellt ist, bagatellisiert die Rheinische Post diesen Vorfall als Einzelverhalten eines Durchgeknallten. Die deutschen Medien verhielten sich so, „als wäre es hier verboten, positiv über die PKK zu berichten“ kritisiert Beate Ergün und fragt die Redaktion:

### Reichen die Erpressungen Erdogans bis in Ihre Redaktion?

Die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK als terroristische Organisation einzuordnen, ist vom Gerichtshof der Europäischen Union im letzten November für rechtswidrig erklärt worden, da Abdullah Öcalan Friedensgespräche angeboten hat. Dennoch wird das Verbot der PKK in der

Bundesrepublik dazu genutzt, nicht nur kurdische Menschen zu kriminalisieren und ständig Polizeieinsätze wegen irgendwelcher verbotenen Symbole zu mobilisieren, sondern auch, um kulturellen Einrichtungen zu durchsuchen und zu schließen. So geschehen 2008 mit dem kurdischen Satellitenversand „Roy TV“ und so jetzt kürzlich auch mit dem Mezopotamien Verlag und der Musikproduktionsfirma MIR Multimedia GmbH. Letztere ließ Innenminister Horst Seehofer am 12. Februar schließen und begründete dies damit, dass sämtliche wirtschaftliche Aktivitäten der PKK zugute kämen. Ein solches Verbot ist in den westlichen Ländern tatsächlich ohne Beispiel.

### Man muss sich fragen, wie sich das mit unseren demokratischen Grundrechten vereinbaren lässt, dass man Bücher und Musik verbietet.

So etwas hatten wir in Deutschland schon einmal!

Es schmerzt, dass die deutsche Bundesregierung Erfüllungsgehilfe bei der Unterdrückung des kurdischen Volkes ist. Das geht hin bis zur Art der Berichterstattung wie über diesen oben genannten Vorfall.

Was steckt hinter dieser Kumpanei und propagandistischen Zusammenarbeit mit einem Diktator, der einen Völkermord an der kurdischen Bevölkerung verübt? Zum einen geht es wohl darum, den „Flüchtlings-Deal“ nicht zu gefährden und zum anderen darum, den Export von Kriegsgütern weiterhin zu sichern. Und dazu scheint jedes Mittel recht zu sein.

Und so schreibt Beate Ergün auch, wie der Fall mit der Selbstverbrennung einzuordnen ist: „Die einzigartige deutsche Behandlung demokratischer Kurden ist Verrat an unseren demokratischen Werten (...) Die Verzweiflungstat in Krefeld (...) war anscheinend der einzige Weg, um die deutsche Öffentlichkeit auf diesen Skandal aufmerksam zu machen.“



**Julia Suermond**  
Mitglied im Kreisverband  
DIE LINKE. Krefeld



## ÜBER DIE GHETTOISIERUNG IN KREFELD UND DIE VERLAGERUNG DER DISKUSSION AUF BEGRIFFE

Die DIE LINKE. Ratsfraktion hat im Integrationsrat am 13.02.2019 die Verwaltung gebeten, u.a die folgende Frage zu beantworten:

„Ghettos bilden sich häufig in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergründen. Hat die Stadt Krefeld ein kommunales Konzept, das dieser Abschottung und soziokulturell bedingter Ghettobildung entgegenwirkt? Wenn ja, wie sieht dieses Konzept aus? Wenn nein, ist geplant ein solches Konzept zu erstellen?“

Es wurde aber wie folgt geantwortet bzw. nicht geantwortet:

„Der Begriff „Ghettos“, ist zurückzuweisen. Es ist unklar was hier gemeint ist. Auch der Bezug dieses Begriffes zu „Menschen mit Migrationshintergründen“ ist kritisch zu sehen. Eine wie in der Anfrage beschriebene Abschottung als generelles Problem ist in Krefeld nicht bekannt.“

Das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung weist den Begriff „Ghettos“ aber nicht zurück und stellt fest:

**In Deutschlands Städten vertieft sich die soziale Spaltung und die Gettos wachsen.**

Der Begriff „Menschen mit Migrationshintergründen“ wird von der Stadt in anderen Zusammenhängen nicht kritisch gesehen: Im statistischen Jahrbuch 2016 werden Statistiken zu dem Begriff dokumentiert, z.B. „ Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund“ oder „Einwohner nach Migrationshintergrund“ und sogar „Ausländeranteil in den städtischen Bezirken“.

Diese Statistiken machten uns Sorgen, da in manchen Bezirken die Anteile der Menschen mit Migrationshintergründen zu hoch sind und weiter wächst. Dagegen ist er in manchen Bezirken zu niedrig und sinkt weiter. Wir wollten wissen, ob die Stadt gegen diese Entwicklung ein Konzept

hat oder zumindest entwickelt. Auf diese Frage haben wir von der Verwaltung keine Antwort bekommen.

**Auch wenn die Verwaltung es bestreitet, ist Ghettobildung eine Tatsache, die nicht nur wissenschaftlich belegt ist, sondern auch praktisch in vielen Bezirken zu beobachten ist.**

Wir wollen diese Diskussion aber nicht weiter über Begrifflichkeiten führen. Für uns ist es wichtig, die Probleme anzupacken und sich für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt einzusetzen. Wir brauchen dafür die Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik.

Wir erwarten daher von der Verwaltung, uns die entsprechenden Verwaltungsvorlagen vorzulegen, unsere Fragen zu beantworten und sie nicht mit vorgeschobenen Argumenten zurückzuweisen.



**Basri Cakir**

Mitglied im Integrationsrat und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Krefeld

# KREFELD PUFFLOS

## CHAUVINISTISCHE LAW-UND-ORDER-POLITIK

In seiner letzten Sitzung hat der Krefelder Rat sich mit 28 zu 25 Stimmen gegen die Erhaltung des Bordells ausgesprochen. Hintergrund ist, dass das illegale Bordell an der Mevissenstraße mutmaßlich drei Jahrzehnte durch Korruption geduldet wurde. Der Oberbürgermeister hatte schon in den Tagen davor gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten öffentlich betont, dass man das Bordell am besten schließen solle und man aus „Unrecht kein Recht“ machen könne. Dabei hätte der Rat das Bordell rückwirkend durch eine Änderung des Bebauungsplan legalisieren können und die Arbeitsplätze der Frauen wären gerettet gewesen.

### Doch der Wahlkampf des nächsten Jahres hat begonnen:

Die SPD fürchtet ihre schlechten Umfragergebnisse und nun will sie mit einer chauvinistischen Law-und-Order-Politik auch Stimmen in konservativeren Kreisen fangen. Hier wird der demokratische Rechtsstaat bereits in der Mitte der Gesellschaft ausgehebelt. Opfer sind die Frauen, die in dem Bordell an der Mevissenstraße arbeiten. Sie werden buchstäblich auf die Straße gesetzt, wo die Polizei gleich auf sie warten kann.

### Hier unsere Rede dazu auf der letzten Ratssitzung:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Am besten ist es doch, wenn sich die Prostitution in einem legalen, transparenten und geschützten Rahmen abspielt! Oder nicht?

Vor allem für die Frauen! Und deren Schutz sollte uns doch ein Anliegen sein?

Bei der Stadt Krefeld gibt es im Rahmen des Prostitutionsschutzgesetzes eine Beratungsstelle. Die ist sehr wichtig! Dort werden sogar Dolmetscher eingesetzt, um Prostituierte über ihre Pflichten, aber auch über ihre Rechte aufzuklären, auch um Hilfe anzubieten, zum Beispiel wenn eine Frau aus diesem Beruf aussteigen möchte. Wo erfahren die Frauen davon, dass es eine solche Beratungsstelle gibt? Genau! Im Bordell. Dort entsteht der Kontakt. Umgekehrt weiß die Beratungsstelle über die Frauen bescheid, die im Bordell arbeiten. Bei der Straßenprostitution ist das schwierig. Bei der Wohnungsprostitution erst recht.

Auch der Sozialdienst katholischer Frauen ist mit dem Prostimobil vor Ort, um ein Vertrauensverhältnis zu den Frauen aufzubauen und sie psychosozial zu betreuen.

**Würde das Bordell geschlossen, ist im legalen und geschützten Rahmen eine Ausübung dieses Berufs kaum noch möglich.**

Ja, es ist ein Beruf, wenn er denn auf freiwilliger Basis und nicht aus Abhängigkeit, Armut und Angst heraus ausgeübt wird. Das ist klar! Würde das Bordell geschlossen werden, würden die Frauen ihre Arbeit verlieren und auf die Wohnungsprostitution ausweichen – aus den Augen aus dem Sinn – und würden damit auch in die Illegalität abwandern.

Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister „alles in Ihrer Macht Stehende tun wollen, damit

Prostitution nur in dem gesetzlich zulässigen und überwachten Rahmen erfolgt“ wie Sie sagen, dann müssten Sie erst recht für die Erhaltung des Bordells sein, damit genau das auch stattfinden kann. DAS würde für Glaubwürdigkeit sorgen!

**Oder will man kriminellen Zuhältern noch weitere verzweifelte Frauen in die Arme spülen, des moralischen Prinzips wegen, weil aus Unrecht kein Recht erwachsen könne?**

Die Stadtverwaltung hat das Bordell geprüft und es sind alle Auflagen des Prostitutionsschutzgesetzes eingehalten worden. Beschwerden bezüglich medizinischer oder hygienischer Belange sind nicht eingegangen.

Mit einer Schließung des Bordells würde auch nicht verhindert werden, dass es an einer anderen Stelle wieder aufmacht und die damit verbundenen Konflikte bezüglich des neuen Standortes sind für die Stadt wesentlich belastender als aus „Unrecht Recht werden“ zu lassen. Von den möglichen Regressforderungen des Bordells ganz abgesehen!

**Es geht darum, aus einem rechtswidrigen Zustand einen rechtmäßigen Zustand zu machen, um nicht weitere Frauen in die Illegalität abzudrängen.**



**Julia Suermond**

Ratsfrau DIE LINKE. Krefeld

# MEHR RAUM

FÜR MENSCHEN MIT EINER SUCHTERKRANKUNG

**STADTGESPRÄCH ÜBER EINEN  
DROGENKONSUMRAUM FÜR KREFELD**  
**MITTWOCH, DEN 13. MÄRZ 2019**  
**19:00 UHR (EINLASS 18:30 UHR)**  
**SEIDENWEBERHAUS KREFELD**  
**IM RAUM PONZELAR**  
**DER EINTRITT IST FREI**

Seit ein paar Jahren ist die Möglichkeit eines Drogenkonsumraums in Krefeld immer mehr im Gespräch. Inzwischen ist es auch nicht mehr nur die Stimme der Partei DIE LINKE. in Krefeld, die dafür plädiert. Auch konservativere Kreise sehen zunehmend ein, dass Verdrängung und Kriminalisierung der Menschen mit Suchterkrankung keine Lösung ist. Sie brauchen Schutz und Fürsorge, Respekt und Akzeptanz! Wir wollen mit Expert\*innen und Bürger\*innen diskutieren, was es braucht, um Menschen mit Suchterkrankung einen Raum zu bieten, in dem sie im geschützten und legalen Rahmen mit ihrer Sucht umgehen können.

„Die Kriminalisierung von Konsumentenverhalten führt zur Bildung krimineller Kartelle auf der Angebotsseite und zweitens zur psychosozialen Verelendung von Teilen der Konsumenten.“ [Hubert Wimber]

„Das Ziel einer akzeptanzorientierten Drogenerziehung sollte sein, dass die Leute verbindlich und verantwortlich mit den Substanzen umgehen können und regelorientiert in der Lage sind, den Konsum in ihre Alltagspraxis zu integrieren.“ [Dr. Wolfgang Schneider]

#### Referenten und Gäste:

**Hubert Wimber**, ehemaliger Polizeipräsident in Münster  
**Dr. Wolfgang Schneider**, Geschäftsführer von In-dro e.V. Münster (Institut zur Förderung qualitativer Drogenforschung, akzeptierender Drogenarbeit und rationaler Drogenpolitik e.V.)  
**Claudia Franck**, Krefeld, Ex-In-Genesungsbegleiterin und ehemalige Betroffene  
**Thomas Visser**, Beigeordneter für Umwelt und Verbraucherschutz, Soziales, Senioren, Wohnen und Gesundheit in Krefeld

V.i.S.d.P.: Dr. Wolfgang Dreßen, Fraktionsgeschäftsführer der Ratsfraktion DIE LINKE. Krefeld,  
Von-der-Leyenplatz 1, 47798 Krefeld, 02151-862012  
Veranstalter: Die Linke. Ratsfraktion Krefeld und der Kreisverband DIE LINKE. Krefeld



#### Unsere Ziele für einen Drogenkonsumraum:

- ▶ Entkriminalisierung
- ▶ Klientenorientierte statt institutsorientierte Hilfen
- ▶ Förderung und Ausbau von Resilienzfaktoren
- ▶ Einbindung von EX-IN Genesungsbegleiter\*innen
- ▶ Vermeidung von Infektionen und schweren Folgeerkrankungen
- ▶ Verhinderung von Überdosierungen und Drogentodesfällen
- ▶ Kontaktaufnahme zu schwer erreichbaren Drogenkonsument\*innen

**DIE LINKE. DIE LINKE.**  
RATSFRAKTION KREFELD KREISVERBAND KREFELD

## WER HAT'S GEMACHT?

**Schreibfraktion:** Edith Bartelmus-Scholich,  
Manfred Stein, Johannes Eisenhuth, Ingrid  
Vogel, Basri Cakir und Julia Suermond

**Layout und Grafik:** herrje

**Redaktion:** Julia Suermond

**Impressum:** DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld  
Von der Leyenplatz 1,  
47798 Krefeld,  
Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband,  
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld,  
Tel. 02151-4461625

[dielinke-krefeld.de](http://dielinke-krefeld.de)  
[dielinke-fraktion-krefeld.de](http://dielinke-fraktion-krefeld.de)

Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE. 

Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE. 

Gastartikel 

**DIE LINKE.**